

**Zusammenfassung der Stimmung, Vorschläge und Kritik der Werktätigen  
zur Erklärung des ZK vom 22.6.53**

23.6.1953 – 13.40 Uhr

Von der Bevölkerung werden die Maßnahmen der Partei und der Regierung allgemein begrüßt, jedoch wird die sofortige Durchführung der Maßnahmen auf unbürokratischem Wege gefordert. Bei den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, vorwiegend bei den Arbeitern in den Betrieben, ist eine starke Zurückhaltung zu verzeichnen. Dies zeigt sich besonders bei den Agitationseinsätzen von unseren Genossen, die längere Zeit benötigen, um überhaupt mit den Arbeitern in Kontakt zu kommen.

Starke Kritik wird geübt an den bürokratischen Maßnahmen und der wenigen Verbindung des Staatsapparates und der Verwaltung mit der Bevölkerung.

Ein großer Teil der Arbeiter kritisiert die schlechte Verbundenheit der Funktionäre des FDGB mit den Werktätigen.

a) Zur abwartenden und mißtrauischen Haltung der Bevölkerung

Eine allgemeine Erscheinung in allen Bezirken ist die abwartende und teils mißtrauische Haltung der verschiedensten Schichten der Bevölkerung zu den eingeleiteten Maßnahmen der Partei und der Regierung. Konkret kommt diese Position der Bevölkerung in folgenden Stellungnahmen zum Ausdruck:

So wird vom Bezirk Dresden berichtet, daß die Mehrzahl der Bevölkerung die Beschlüsse zwar für gut und richtig hält, aber daß sie ihnen vorläufig noch skeptisch gegenüberstehen, da sie noch nicht voll und ganz an die Verwirklichung glauben. Es wird die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß man endlich Taten sehen will.

Besondere Zurückhaltung tritt bei Agitationseinsätzen auf. So kam es in zwei Erfurter Großbetrieben, Optima und Funkwerk, bei einem Agitationseinsatz zu keiner Diskussion mit den Arbeitskollegen. Sie drehen den Agitatoren einfach den Rücken zu.

Eine weitere Erscheinung der abwendenden Haltung und das Ausweichen vor Diskussionen besteht in der aus vielen Bezirken gemeldeten Angst vor evtl. Verhaftung. So wurde in einer Diskussionsgruppe auf dem Alexanderplatz erklärt, die Bevölkerung will mithelfen, aber auch etwas sagen dürfen, ohne eingesperrt zu werden.

Von einigen Genossen im Bezirk Halle wurde festgestellt, daß die Diskussion über politische Fragen nur schwer zu entfalten ist. Es besteht im allgemeinen die Angst vor evtl. Verhaftung.

b) Zur Kritik der Bevölkerung an den Staatsapparaten und Verwaltungen

Besonders starke Kritik wird geübt an den Mängeln und Schwächen im Staatsapparat.

Bei dieser Kritik tritt besonders heraus:

Schlechte Verbindung der Funktionäre des Staatsapparates zu den Betrieben. Planloses und verantwortungsloses Arbeiten der Funktionäre im Staatsapparat.

Beispiele dieser Kritik sind folgende:

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

In einigen Köpenicker Betrieben wird von den Arbeitern kritisiert, daß sich keine verantwortlichen Kollegen des Ministeriums in den Betrieben sehen lassen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß man die Betriebe wahrscheinlich als letztes Anhängsel betrachtet. Weiter bringen sie zum Ausdruck, daß in den Hauptverwaltungen zum Teil Kollegen in verantwortlichen Funktionen sitzen, die bei weitem nicht die ausreichende Qualifikation für die Ausübung ihrer Tätigkeit besitzen. Andere Arbeiter des Kreises Köpenick kritisieren die planlose Arbeit des Ministeriums. So sagten Arbeiter aus den Betrieben des Kreises Köpenick, daß ihr Maschinenpark nur 45 % ausgenutzt ist, daß sie Aufträge anfangen, ihnen große Versprechungen gemacht werden, Hunderte von Mark für irgendwelche Entdeckungen und Versuche hineingesteckt werden und dann alles abgeblasen wird.

Zu dem unverantwortlichen Verhalten wird von den Arbeitern des Steingutwerkes Annaberg, Kreis Jessen, wie folgt berichtet:

Bei einer Rücksprache mit dem Betriebsleiter, Gen. B., im Ministerium, wurde eine Lohnsummenstreichung von 50.000,- DM abgesprochen. Die Kürzung der Lohnsumme war aber 63.000,- DM, und so konnten bei der letzten Lohnzahlung 9.000,- DM nicht ausgezahlt werden.

c) Versorgung der Bevölkerung:

Zu den Fragen der Versorgung, die in den zahlreichen Diskussionen zum Ausdruck kommen, stehen im wesentlichen folgende Punkte im Vordergrund:

1. Senkung der HO-Preise – besonders für Butter, Margarine, Eier, Fleisch und Wurstwaren. (Diese Forderung tritt ausnahmslos in allen Bezirken auf.)

2. Forderung auf bessere Versorgung mit

a) Bettwäsche, Kinderwäsche, Kinderschuhe (besonders Größe 22-30 und Damenschuhe Größe 34-38), Arbeitskleidung; Kochtöpfe, Eimer usw.

(In den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Suhl, Frankfurt/O. und Dresden)

b) Obst und Gemüse. Erhöhung der Rationen in Fett und Milch für kleine Kinder.

Neben den im Mittelpunkt stehenden Hauptforderungen gibt es noch folgende:

1. Schaffung von kommunalen Kinderkrippen und Kindergärten.

2. Bessere Versorgung der Landbevölkerung um Berlin.

3. Wegfall des Austausches gegen Fisch und Eier.

4. Bessere Materialversorgung der Handwerker.

Zu Punkt 1. – zur Forderung auf Senkung der HO-Preise wird folgendes berichtet:

Bezirk Dresden

Der Bauarbeiter G. von der Baustelle Lauchhammer, Kreis Kamenz, sagte: „Wir fordern Preissenkung in der HO für Fleisch und Fettwaren, die es zum Teil nicht gibt. Der Butter-, Margarine- und Ölmangel muß beseitigt werden. Die HO ist anscheinend nur für die VP da, da sie das Geld dafür haben.“

Zu Punkt 2. – zur Forderung für bessere Versorgung mit

a) Bettwäsche, Kinderwäsche, Kinderschuhe und Kochtöpfe

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wird folgendes berichtet:

Äußerung von der Bevölkerung: „Macht Schluß mit den vielen Reden und dem Papierkrieg. Wir wollen Taten sehen, dann haben wir auch Vertrauen zur Regierung. Warum gibt es keine Bett- und Kinderwäsche, warum gibt es keine Windeln? (Z.B. hat sich eine Mitarbeiterin des Apparates der Kreisleitung Reichenbach persönlich davon überzeugt, daß bei einer Arbeiterfamilie die kleinen Kinder in Papier eingewickelt waren.)

Im Bezirk Neubrandenburg wird von den Arbeitern kritisiert, daß die Arbeitskleidung zwar frei sein soll, man aber heute noch nur gegen Bezugscheine im Konsum die Arbeitskleidung erhält.

Allgemein wird Kritik geübt, daß seit Wegfall der Bezugscheine keine Arbeitskleidung zu bekommen ist. (Bezirk Cottbus)

#### d) Zur Erhöhung der Renten

Im allgemeinen findet die Erhöhung der Renten einen großen Widerhall, doch wird von einigen Rentnern geäußert, daß sie trotz Erhöhung noch nicht in die HO einkaufen gehen können. So äußerten z.B. in der Konsumverkaufsstelle Große Ullrichstraße in Halle zwei Frauen: „Daß man die Renten erhöhe, das sei ja gut. Das würde einen gleich wieder versöhnen. Aber andere vertraten die Meinung, daß die Erhöhung der Renten schon viel früher hätte erfolgen müssen. 10,- DM wären eine schöne Hilfe, aber auf der anderen Seite nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“

#### e) Zu Fragen der Löhne

In den Fragen der Lohnabrechnung zeigt sich bei einigen Arbeitern noch eine gewisse Unklarheit. So wird als Beispiel von den Arbeitern der Karl-Marx-Stadt wie folgt diskutiert:

1. Wie ist die Lohnabrechnung in den Betrieben, die am 1.5.53 Volkseigentum wurden? (Jene Betriebe, die Privatunternehmern gehörten und wo die Arbeiter nach Akkordlohn gezahlt wurden, stehen hier im Mittelpunkt.)

In diesen Betrieben haben die sogenannten Einspänner (in den Textilbetrieben) im Durchschnitt 400,- DM verdient, wogegen sie nach Übernahme in Volkseigene Betriebe im Durchschnitt 280,- DM im Leistungslohn erhalten.

2. Wie ist die Lohnabrechnung bei freiwillig erhöhten Normen? Im Bezirk Gera und im Bezirk Leipzig wird von den Arbeitern über die Veränderung und Abschaffung der Ortsklassen diskutiert. Beispiel Bezirk Leipzig:

In einer Belegschaftsversammlung des BBW Falkenwerk wurde in der Diskussion folgendes gefordert:

Die Ortsklassen aufzuheben oder Falkenberg von Ortsklasse C in B zu legen.

Von einigen Arbeitern der Textilindustrie wird eine Überprüfung des Tarifes für Textilarbeiter gefordert. So schlägt der Genosse W., Betriebsleiter Strumpffabrik Görlitz Stadt, aus folgenden Gründen eine Überprüfung vor:

Die Frauen in der Strumpffabrik erhalten als Facharbeiter einen Lohn von 0,79 DM mit 15 % Leistungszuschlag, insgesamt also 0,91 DM. Dieser Lohn ist für die Lebenshaltung viel zu niedrig.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

f) Charakteristisch sind solche Diskussionen, in denen die Presse und der Rundfunk kritisiert werden. In diesen Diskussionen kommt zum Ausdruck, daß die Presse beispielsweise objektiver und ohne Schönfärberei die wirkliche Lage darstellen soll.

So ist z.B. die Genn. Annelies G. von der Grundschule 10 im Kreis Görlitz Stadt der Meinung, daß das Zentralorgan unserer Partei „Neues Deutschland“ verantwortungsvoller und geschickter arbeiten sollte. Gegenwärtig sei die Zeitung voll von freudigen Zustimmung und Selbstverpflichtungen, und dies sei Schönfärberei.

Ferner wird die Methode unserer Rundfunkpropaganda kritisiert und teils nicht verstanden. Z.B. erklärte der Maurer Walter K. und Otto H. aus dem Kreis Seelow: Man soll in der Presse und im Rundfunk nicht immer von Normerhöhungen schreiben. Es würde immer geschrieben, alles sei in bester Ordnung, in Wirklichkeit gaukelt man den Arbeitern nur etwas vor. Der Arbeiter, der abends müde nach Hause kommt, will leichte Musik und auch einmal ein Hörspiel, aber nicht nur propagandistische Reden und Artikel hören. Es ist soweit, daß er abends lieber den Rundfunk abschaltet, als sich immer denselben Kram anzuhören. Es wird alles sehr stark übertrieben, wovon der Arbeiter nichts hören will.“

g) Besonders stark ist die Kritik an der Arbeit der Funktionäre des FDGB und der Industriegewerkschaften.

Diese Kritik erfolgt in der Richtung, daß sie keine Verbindung zu den Werktätigen in den Betrieben haben, sich nicht genügend für die Interessen der Werktätigen einsetzen und die an sie herangetragenen Sorgen nicht beachten. So erklärte z.B. der Leiter des Stellwerkes in Gusow, „der FDGB kümmert sich nicht um unsere Interessen, er redet nur von mehr arbeiten und unterdrückt die Arbeit[er] mehr als die Partei.“

In der Belegschaftsversammlung des Kraftwerkes Finkenherd am 22.6.53 kam zum Ausdruck, daß die Kollegen mit dem FDGB nicht einverstanden sind. So forderten sie, daß der Kollege B. vom FDGB-Bezirksvorstand Frankfurt/Oder sich endlich einmal im Betrieb sehen lassen sollte, denn schließlich sei er ja ihr Vertreter.

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/95, Bl. 97-102.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---